



---

## **Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform**

27. Sitzung (nicht öffentlich)

17. März 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.25 Uhr

Vorsitz: Renate Drewke (SPD)

Stenographin: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

Vor Eintritt in die ausgedruckte Tagesordnung beschließt der Ausschuß, an der Anhörung am 21. April 1999 zum Maßregelvollzugsgesetz als mitberatender Ausschuß teilzunehmen, an den federführenden Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales aber keine eigenen Expertenwünsche und Fragen weiterzuleiten.

1

Außerdem verständigt sich der Ausschuß darauf, daß die Ausschußvorsitzende eventuell eingehende Petitionen zur Verwaltungsstrukturreform schriftlich beantwortet und die Petenten über den Verfahrensstand informiert.

- 1**     **Erstes Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in  
Nordrhein-Westfalen**     **1**  
**(Erstes Modernisierungsgesetz - 1. ModernG NRW)**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3730 und 12/3770
- a)     Beteiligung der mitberatenden Fachausschüsse  
b)     Entscheidung über den Kreis der Teilnehmer und einen Fragenkatalog  
zur öffentlichen Anhörung am 28. April 1999

Der Ausschuß verständigt sich auf die sich aus  
dem Diskussionsteil ergebende Verfahrensweise.

- 2**     **Verwaltungsmodernisierung in NRW**     **2**  
Vorlage 12/2376  
Sachstandsbericht des Innenministers

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von Innen-  
minister Dr. Fritz Behrens entgegen. Es schließt  
sich eine Diskussion an.

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

**Vorsitzende Renate Drewke** informiert vorab über ein Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 11. März 1999, in dem darauf hingewiesen werde, daß der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform an der Beratung des Maßregelvollzugsgesetzes - Drucksache 12/3728 - mitwirke. Der Ausschuß könne für die für den 21. April 1999 geplante Anhörung eine Liste mit Experten und Fragen an den Vorsitzenden des federführenden Ausschusses weiterleiten.

Der **Ausschuß** beschließt, darauf zu verzichten, eigene Experten zu benennen und Fragen zu stellen, sondern als mitberatender Ausschuß an der Anhörung teilzunehmen.

Weiterhin berichtet **Vorsitzende Renate Drewke**, daß dem Ausschuß vom Petitionsausschuß zwei Petitionen zur Verwaltungsstrukturreform zugegangen seien. Sie schlage vor, als Ausschußvorsitzende den Petenten zu schreiben und sie über den Verfahrensstand zu informieren. Mit möglichen weiteren Eingaben könne ebenso verfahren werden. - Der **Ausschuß** erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

#### 1 **Erstes Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen** (**Erstes Modernisierungsgesetz - 1. ModernG NRW**)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3730 und 12/3770

- a) Beteiligung der mitberatenden Fachausschüsse
- b) Entscheidung über den Kreis der Teilnehmer und einen Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung am 28. April 1999

**Vorsitzende Renate Drewke** teilt mit, daß sie alle Ausschüsse auf die Anhörung hingewiesen habe. Die mitberatenden Ausschüsse habe sie darum gebeten, Experten und Fragen zu benennen.

Von der CDU habe sie bereits eine Liste darüber erhalten, welche Institutionen und Sachverständige die CDU anhören wolle.

**Hans Krings (SPD)** sieht keinen Dissens in der Expertenauswahl. Die SPD wolle die Sachverständigen zusammenfassen, denn die Anhörung wie geplant an nur einem Tag durchzuführen werde bei der Vielzahl der Sachverständigen schwierig. Die SPD habe nur geringfügige Ergänzungen. Die Obleute sollten den Kreis der Anzuhörenden festlegen. Es solle sich darauf verständigt werden, keine Fragen zu stellen, da sich die Fragen aus dem Gesetzentwurf ergäben und die Debatte nicht weiter durch Fragen mit ohnehin nur rhetorischem Charakter kanalisiert werden solle.

**Franz-Josef Britz (CDU)** unterstreicht, daß auch die CDU keine zusätzlichen Fragen stellen wolle. Die allgemeine Aufforderung an alle Sachverständigen laute: Nehmen Sie zu dem Gesetzentwurf Stellung. Es werde nicht von jedem Sachverständigen zu jedem Sachverhalt des Gesetzes eine Stellungnahme erwartet, sondern jeweils nur zu den Bereichen, die ihn unmittelbar angingen. Die Liste der CDU werde nicht mehr durch weitere Sachverständige ergänzt, sondern durch die Festlegung, wozu sich die Sachverständigen jeweils zu äußern hätten. Diese thematische Festlegung müsse auch in der Einladung zum Ausdruck kommen, damit eine Begrenzung möglich werde.

Die CDU habe beispielsweise beide ÖTV-Bezirksverwaltungen aufgelistet, bemerkt **Vorsitzende Renate Drewke**. Es könne zusammengefaßt werden. Dachverbände könnten Ansprechpartner sein. Auf diese Weise könne die Liste reduziert werden.

Der **Ausschuß** verständigt sich auf die sich aus der Diskussion ergebende Vorgehensweise. Details sollen unter den Obleuten noch abgestimmt werden.

## 2 **Verwaltungsmodernisierung in NRW**

Vorlage 12/2376

Sachstandsbericht des Innenministers

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** berichtet:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Sie haben in der Einladung auf eine bestimmte Vorlage Bezug genommen. Das ist das Eckpunktepapier. Ich gehe nicht davon aus, daß wir Punkt für Punkt das Eckpunktepapier durchgehen und ich Ihnen sage, wie der Stand der Dinge zu den einzelnen Punkten jeweils aussieht, zumal die politische Beratung und Beschlußfassung im Moment nach etwas anderen Gliederungspunkten stattfindet.

Sie wissen, daß die Landesregierung mir im Dezember federführend den Auftrag erteilt hat, die Beratungen zur Umsetzung des Eckpunktepapiers vorzubereiten.